

Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland

Alexander Richter

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter erleichtern wissenschaftlichen Einrichtungen den Zugang zu faktisch anonymen Einzeldaten aus nahezu allen Bereichen der amtlichen Statistik. Vor diesem Hintergrund beschreibt der folgende Beitrag Entstehung und Inhalte von amtlichen Mikrodaten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung. Für Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle werden dabei ausgewählte Merkmale näher betrachtet, wodurch ein erster Eindruck von den Analysemöglichkeiten vermittelt wird.

Der Beitrag wurde erstmals veröffentlicht in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz, Heft 7/2006. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg dankt für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Hintergrund der amtlichen Bevölkerungsstatistiken

Für politische, ökonomische oder gesellschaftliche Fragestellungen sind Kenntnisse über die aktuelle Zahl und die Zusammensetzung einer Bevölkerung maßgeblich. Die hierfür notwendigen Informationen lassen sich mit Volkszählungen gewinnen, die jedoch aufwändig und kostspielig sind. Die Durchführung ist somit nur in größeren Zeitabständen möglich. Die letzte Volkszählung fand in den alten Bundesländern 1987 und in den neuen Bundesländern 1981 statt. Ein nächster, dann allerdings registergestützter Zensus, ist in Deutschland für 2010/11 geplant.¹ Durch stetig ablaufende demografische Prozesse verändern sich Zahl und Zusammensetzung einer Bevölkerung zwischen



Dipl.-Demograf Alexander Richter ist im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz im Referat „Zensus, Forschungsdatenzentrum (FDZ)“ für das FDZ zuständig.



Datenerhebung und -aufbereitung

In den Standesämtern erfolgt mit der Meldung von Sterbefällen, Geburten und Eheschließungen auch die Erfassung von Informationen, die für die Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung von Bedeutung sind. Diese Informationen werden von den zuständigen Standesämtern¹ mindestens einmal im Monat in elektronischer Form oder mittels Erhebungsbogen an die Statistischen Landesämter weiter geleitet. Bei Sterbefällen werden der amtlichen Statistik darüber hinaus von den zuständigen Gesundheitsämtern die Leichenschauheine mit den Angaben über die Todesursache zur Verfügung gestellt.²

Bei der Datenaufbereitung in den jeweiligen Statistischen Landesämtern wird für jede einzelne Eheschließung, jede Geburt und jeden Sterbefall, soweit die Daten nicht bereits elektronisch übermittelt wurden,

ein Datensatz erstellt. Für diese Mikrodatensätze erfolgt im Rahmen der Datenaufbereitung eine Prüfung auf Plausibilität. Bei einigen dieser Einzeldatensätze findet ein sogenannter „Datenaustausch“ mit anderen Statistischen Landesämtern statt. Hintergrund ist wieder die Bevölkerungsfortschreibung, die für jede einzelne Gemeinde eines Bundeslandes durchgeführt wird.

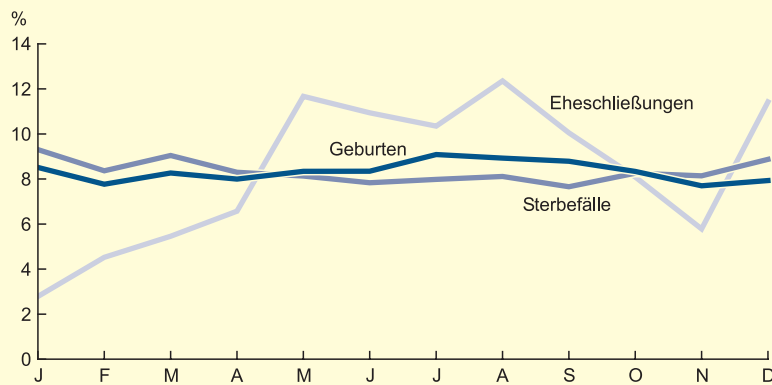
Um Doppelzählungen zu vermeiden, zählt zur Bevölkerung eines Gebietes, wer in diesem mit Hauptwohnsitz gemeldet ist. Während bei Sterbefällen der Hauptwohnsitz eines Verstorbenen zugrunde gelegt wird, ist bei Geburten der Hauptwohnsitz der Mutter und bei den Eheschließungen die jeweilige Wohngemeinde der Eheschließenden für eine Zuordnung relevant. Die Gemeinde des Hauptwohnsitzes stellt somit für die Datenaufbereitung ein wichtiges Merkmal in den Einzeldatensätzen dar.

¹ Zuständig ist das Standesamt, in dessen Standesamtsbezirk die Geburt erfolgte oder ein Sterbefall eintrat bzw. ein Verstorbener aufgefunden wurde.

² Von den Eintragungen im Leichenschauheine wird in den Statistischen Landesämtern gemäß den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Kausalkette vom unmittelbar zum Tode führenden Leiden bis zum Grundleiden zurückverfolgt. Als Todesursache wird das Grundleiden nachgewiesen.

¹ Vgl. Hin, Monika: EU-weite Volkszählung 2010/11: Stand der Vorbereitungsarbeiten in Deutschland und auf europäischer Ebene, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2006, S. 3-9. Kollmar, Helmut: Stichwort: Volkszählung – Registergestützter Zensus, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2006, S. 28-32.

S1 Personenstandsfälle (Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2004*) nach Monaten



*) Bundesrepublik Deutschland.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

594 06

zwei Volkszählungen nachhaltig. Eine regelmäßige Fortschreibung des bei einem Zensus ermittelten Bevölkerungsbestandes ist somit notwendig.

Die Bevölkerungsbewegung ist durch Zu- und Fortzüge (räumliche Bevölkerungsbewegungen) sowie durch „natürliche“ Größen wie Geburten oder Sterbefälle gekennzeichnet. Der Begriff „natürliche Bevölkerungsbewegung“ umfasst in der amtlichen Statistik neben den Erhebungen zu Geburten und Sterbefällen auch die Statistik der Eheschließungen. Während Geburten und Sterbefälle die Bevölkerungszahl sowie die demografische Zusammensetzung einer Population unmittelbar beeinflussen, zeigt sich bei den Eheschließungen auf den ersten Blick kein direkter Zusammenhang zur natürlichen Bevölkerungsbewegung.

Das 1957 verabschiedete und zuletzt 2002 überarbeitete Bevölkerungsstatistikgesetz legt fest, dass die Fortschreibung der Bestandszahlen mit dem Ziel geschieht, die Bevölkerung auf der Basis der jeweils letzten Volkszählungsergebnisse insgesamt, aber auch getrennt nach Geschlecht, Alter und Familienstand fortzuschreiben.² Da mit jeder Eheschließung eine Änderung des Personenstandes verbunden ist, bildet die Statistik der Eheschließungen hinsichtlich des Familienstandes eine der Grundlagen für die Bevölkerungsfortschreibung. Dies gilt auch für Ehescheidungen.³

Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ist aber nur ein Grund für die Durchführung der amtlichen Bevölkerungsstatistik. Darüber hinaus enthalten die Daten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung grundlegende Informationen über demografische Zusammen-

hänge in Deutschland. Die Statistik der Sterbefälle kann als Grundlage für die Beurteilung gesundheitspolitischer Zusammenhänge, die Darstellung der Mortalitätsentwicklung und für die Berechnung altersspezifischer Lebenserwartungen dienen. Mit der Statistik der Geburten lassen sich unter anderem Aussagen zum Umfang der Fertilität in der Bundesrepublik treffen. Basierend auf Ergebnissen aus der Statistik der Eheschließungen können Aussagen zum Heiratsverhalten in Deutschland getroffen werden. Diese Statistik gibt zusätzlich auch Hinweise auf die Bereitschaft zur Familiengründung in unserer Gesellschaft.

Inhalte der drei Statistiken

Die in den Statistischen Landesämtern erstellten Einzeldatensätze zu Sterbefällen, Geburten und Eheschließungen bieten für Fragestellungen, die im Zusammenhang mit demografischen Aspekten stehen, eine Vielzahl von Auswertungsmöglichkeiten.

Die Statistik der Sterbefälle enthält beispielsweise neben der Todesursache, dem Datum des Sterbefalles sowie Geschlecht und Alter des Verstorbenen auch Angaben zu Staatsangehörigkeit, Religion oder Familienstand. In Fällen, in denen der Verstorbene verheiratet war, finden sich in dieser Statistik zusätzlich Hinweise zum Alter des überlebenden Ehegatten. Bei Säuglingssterbefällen (Sterbefälle innerhalb der ersten 52 Lebenswochen) stehen Informationen zu Geburtsgewicht, Körperlänge oder Säuglingsalter zur Verfügung.

Die Einzeldaten der Geburtenstatistik geben Auskunft über Merkmale wie Geburtsdatum, Geschlecht, Körperlänge oder Geburtsgewicht des Kindes. Weiterhin finden sich in dieser Statistik auch Angaben zur Staatsangehörigkeit des Neugeborenen und detaillierte Informationen zu Mehrlingsgeburten. Zusätzlich enthält die Geburtenstatistik Merkmale, die Alter, Religion und Staatsangehörigkeit der Eltern beschreiben. Für Geburten innerhalb bestehender Ehen sind darüber hinaus Informationen über vorangegangene Geburten verfügbar. Für Geburten, bei denen die Eltern nicht miteinander verheiratet sind, ist die Angabe von Merkmalen zum Vater freiwillig. Hier liegen entsprechende Informationen somit nicht in allen Fällen vor.

In der Statistik der Eheschließungen sind neben den Geburtsdaten, den bisherigen Familienständen und Angaben zu gemeinsamen Kindern auch Informationen zum Zeitpunkt der Eheschließung oder zu den Staatsangehörigkeiten und Religionen beider Ehegatten enthalten.

2 Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 i. d. F. vom 14. März 1980 (BGBl. I 1980 S.308) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze vom 25. März 2002 (BGBl. I 2002 S.1186).

3 Da die Erhebung der Daten für diese Statistik deutlich von der Vorgehensweise bei den drei anderen Statistiken abweicht, wird in diesem Aufsatz nicht näher auf Einzeldaten zu Ehescheidungen eingegangen.

Neben dem Ereignisdatum (Sterbedatum, Geburtsdatum des Kindes bzw. Datum der Eheschließung) stellt das Geburtsdatum (zum Beispiel des Verstorbenen, der Mutter oder der Eheschließenden) ein weiteres wichtiges Merkmal in den Einzeldatensätzen der Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung dar. Aus beiden Merkmalen wird bei der Datenaufbereitung das Alter zum Zeitpunkt des jeweiligen Ereignisses berechnet.

Auswertungsbeispiel: Die saisonale Verteilung der Sterbefälle, Geburten und Eheschließungen

Im Folgenden sollen einige ausgewählte Merkmale und Merkmalskombinationen näher betrachtet werden. In einem ersten Schritt wird der Frage nachgegangen, ob sich für den Erhebungszeitraum 2000 bis 2004 anhand des Sterbe-, Geburts- und Eheschließungsmonats saisonale Schwankungen für die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland nachweisen lassen. Hierfür wurden die Anteile ermittelt, mit denen sich die Personenstandsfälle auf die jeweiligen Monate verteilen. Um eventuelle Zufallsschwankungen zu glätten, sind die Anteile nicht für alle 5 Jahre getrennt berechnet worden, sondern es wurden die durchschnittlichen monatlichen Häufigkeiten im Beobachtungszeitraum zugrunde gelegt. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die unterschiedliche Anzahl von Tagen für die monatsweise Betrachtung keine weitere Berücksichtigung fand.

Schaubild 1 zeigt, dass bei den Sterbefällen die Anteile in den warmen Monaten Juni bis September etwas geringer ausfallen als im weiteren Verlauf des Jahres. Demgegenüber sind die Werte in den eher kalten Herbst- und Wintermonaten am höchsten. Bei den Geburten zeigen sich hingegen in den Sommermonaten höhere Anteile. Mit durchschnittlich jeweils rund 9 % weisen die Monate Juli bis September die höchsten Werte auf. Besonders deutlich fallen saisonale Unterschiede bei den Eheschließungen aus. Im Zeitraum 2000 bis 2004 wurden von Mai bis September durchschnittlich rund 55 % aller Ehen geschlossen. Mit Ausnahme des Monats Dezember scheinen kältere Monate für eine Eheschließung dagegen weniger favorisiert zu werden.

Im September letzten Jahres sorgte eine Untersuchung des Biologen Alexander Lerchl mit Daten der Geburtenstatistik aus Nordrhein-Westfalen für Aufsehen. Der Bremer Professor kam zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Sonntagskinder seit Jahren rückläufig ist. Lerchl be-

gründet dies mit höheren Kosten bei Wochenendgeburten. Da immer mehr Geburtstermine durch Medikamente oder Kaiserschnitte beeinflusst werden können, sinkt die Zahl „spontaner“ Geburten⁴ (Schaubild 2).

Mit den Einzeldaten aus der Geburtenstatistik kann die oben genannte Untersuchung auch für das gesamte Bundesgebiet bestätigt werden. Sonntagskinder sind mit einem Anteil von rund 12 % um etwa 3 Prozentpunkte geringer vertreten als Kinder, die an Werktagen geboren wurden.⁵

Für den durchschnittlichen Anteil der Sterbefälle aus den Jahren 2000 bis 2004 zeigt sich nahezu eine Gleichverteilung über die einzelnen Wochentage.

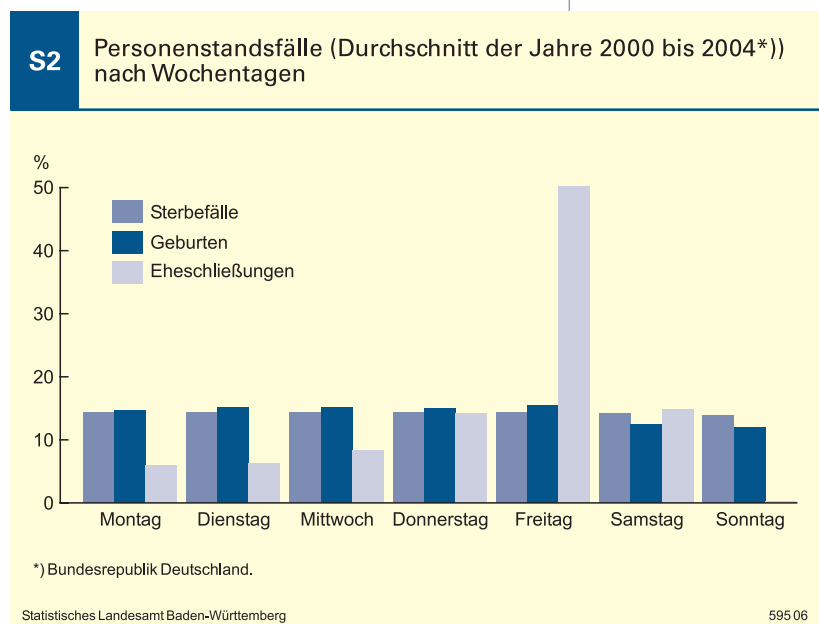
Besonders auffällig ist die Häufung von Eheschließungen an Freitagen. Im Durchschnitt wurden in den Jahren 2000 bis 2004 rund 50 % aller Ehen kurz vor Beginn des Wochenendes geschlossen. Dass demgegenüber dem Sonntag fast keine Bedeutung zukommt, ist mit Blick auf die Dienstzeiten der Standesämter nachvollziehbar. Die durchschnittlich 980 Ehen, die an einem Sonntag geschlossen wurden, haben einen Anteil von nur 0,25 % und dürften in erster Linie mit Ausnahmeregelungen zu begründen sein.

Auswertungsmöglichkeit: Sterbefälle in Abhängigkeit von Geschlecht und Alter

Bei den Sterbefällen dienen die Häufigkeiten für einzelne Altersstufen unter anderem als Grundlage für die Berechnung von Sterbetafeln.

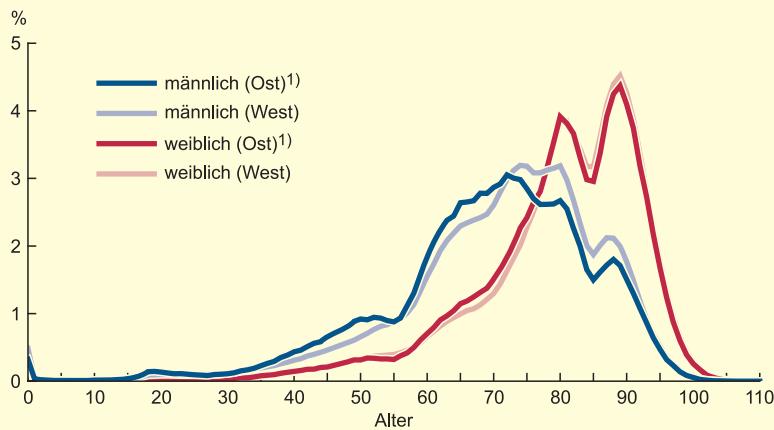
4 Vgl. Lerchl, Alexander: Where are the Sunday babies? Observations on a market decline in weekend births in Germany, in: Naturwissenschaften 92/2005, S. 592 ff.

5 Für eine detaillierte Betrachtung von Wochenend- und Feiertagsgeburten in Rheinland-Pfalz siehe Ickler, Günter: Geburtenentwicklung 2004 – Eine kleine Zeitreihenanalyse, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 11/2005, S. 680 ff.



S3

Sterbefälle (Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2004*) nach Altersjahren, Geschlecht und Herkunft



*) Bundesrepublik Deutschland. – 1) Einschließlich Berlin.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

596 06

Betrachtet man die durchschnittliche Verteilung von Sterbefällen auf die einzelnen Altersstufen, zeigen sich für den Beobachtungszeitraum deutliche Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern (*Schaubild 3*).

Aus der aktuellen gesamtdeutschen Sterbetafel 2002/2004 des Statistischen Bundesamtes ergibt sich für männliche Neugeborene eine durchschnittliche Lebenserwartung von 75,89 Jahren. Die der weiblichen Neugeborenen liegt mit 81,55 um 5,66 Jahre darüber.⁶ Bei den männlichen Sterbefällen ist der Anteil derjenigen, die bis zum Alter von etwa 70 Jahren registriert werden, höher als bei den weiblichen. Demgegenüber findet eine Häufung von weiblichen Sterbefällen, verglichen mit den männlichen, in höheren Altersstufen statt.

Darüber hinaus zeigen sich bei den Männern deutlichere Unterschiede zwischen Ost und

Westdeutschland⁷ als bei den Frauen. Die Kurve, durch die eine altersspezifische Verteilung der Sterbefälle beschrieben wird, nimmt bei den ostdeutschen Männern einen ähnlichen Verlauf wie bei den westdeutschen, sie ist aber weiter nach links, also in Richtung der jüngeren Altersstufen, verschoben.

Während die Sterblichkeit bei Kindern und Jugendlichen am geringsten ausfällt, wird bei den unter 1-Jährigen der Einfluss der Säuglingssterblichkeit deutlich. Im Jahr 2004 wurden in Deutschland 2 918 Sterbefälle von unter 1-Jährigen registriert. Dabei verteilen sich die Säuglingssterbefälle vornehmlich auf die ersten Stunden und Tage nach der Geburt. Die Hälfte aller im Jahr 2004 erfassten Säuglingssterbefälle trat in der ersten Lebenswoche ein.

Auswertungsbeispiel: Lebend-, Tot- und Mehrlingsgeburten, Familienstand der Eltern

Ein Kind gilt in der Bundesrepublik als lebend geboren, wenn nach der Trennung vom Mutterleib entweder die Nabelschnur pulsiert oder der Herzschlag oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Totgeborene sind Kinder mit einem Geburtsgewicht von mindestens 500 g, bei denen keines der drei Merkmale einer Lebendgeburt in Erscheinung tritt. Diese Definition führt dazu, dass auch Neugeborene, bei denen die Wahrscheinlichkeit, die ersten Stunden nach der Geburt zu überleben, kaum gegeben ist, als lebend geboren registriert werden und somit Einfluss auf die Säuglingssterblichkeit nehmen.

Die Einzeldaten der amtlichen Geburtenstatistik lassen sowohl für Lebend- als auch für Totgeburten Analysen zu. Im Jahr 2004 wurden 708 350 Geborene erfasst, von denen rund 99,6 % lebend und 0,4 % tot geboren wurden. Von den Lebendgeborenen dieses Jahres gehörten 3,5 % zu einer Mehrlingsgeburt. Im Jahr 2000 lag der Anteil von Kindern aus Mehrlingsgeburten bei etwa 3,2 % (*Tabelle 1*).

Hierbei wird für den gesamten Beobachtungszeitraum ein, wenn auch nur geringer, Ost-West-Unterschied deutlich. Der Anteil von Kindern aus Mehrlingsgeburten liegt in den neuen Bundesländern und Berlin um durchschnittlich etwa 0,4 Prozentpunkte unter dem der alten Bundesländer.

Ein sehr viel stärkerer Ost-West-Unterschied zeigt sich bei der Betrachtung von Neugeborenen, deren Eltern miteinander verheiratet sind. Während in den alten Bundesländern etwa 80 % der Neugeborenen aus einer Ehe hervor-

6 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Periodensterbetafeln für Deutschland – Allgemeine und abgekürzte Sterbetafeln von 1871/1881 bis 2002/2004, Wiesbaden 2006.

7 Die Betrachtung von Ostdeutschland umfasst die fünf neuen Bundesländer und das Land Berlin.

T1 Lebendgeborene in Deutschland 2000 bis 2004

Jahr	Kinder aus				Ins-gesamt
	Einzelgeburten		Mehrlingsgeburten		
	Ost ¹⁾	West	Ost ¹⁾	West	
2000	127 398	615 475	3 499	20 627	766 999
2001	123 054	588 389	3 597	19 435	734 475
2002	121 467	574 069	3 684	20 030	719 250
2003	121 596	562 114	3 758	19 253	706 721
2004	124 263	556 448	4 067	20 844	705 622

1) Einschließlich Berlin.

gehen, liegt dieser Anteil in den neuen Bundesländern und Berlin heute bei unter 50 %. Für den Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2004 zeigt sich dabei bundesweit ein Rückgang von Geborenen, deren Eltern miteinander verheiratet sind. In Westdeutschland sank der Anteil von etwa 82 % im Jahr 2000 auf 78 % im Jahr 2004. Im gleichen Zeitraum ging dieser Anteil in Ostdeutschland um über 6 Prozentpunkte von 51 % auf rund 45 % zurück.

In diesem Zusammenhang muss auf ein Problem, dass sich mit der amtlichen Bevölkerungsstatistik derzeit nicht lösen lässt, hingewiesen werden. Ein Merkmal der Geburtenstatistik beschreibt die Zahl vorheriger Geburten einer Frau. Dieses Merkmal bezieht sich aber nur auf die Kinder, die innerhalb einer bestehenden Ehe geboren wurden. Hat beispielsweise eine verheiratete Frau ein Kind, trennt sich von ihrem Mann, heiratet erneut und bekommt ein weiteres Kind, so würde das zweite Kind in der Geburtenstatistik als das erste innerhalb der bestehenden Ehe erfasst werden. Im Hinblick auf den sehr hohen und weiter steigenden Anteil nicht ehelicher Geburten in Ostdeutschland, den Rückgang ehelicher Geburten in den alten Bundesländern und hoher Scheidungsziffern in beiden Teilen Deutschlands, ist nachvollziehbar, dass sich die, für die Erforschung politischer, ökonomischer oder gesellschaftlicher Zusammenhänge sehr bedeutende Frage danach, wie viele Kinder eine Frau in ihrem Leben tatsächlich zur Welt gebracht hat, nicht beantworten lässt. Dieser Umstand wird sowohl von Seiten der Wissenschaft als auch von Seiten der amtlichen Statistik kritisch beurteilt, da eine fundierte Beschreibung von Kinderlosigkeit in Deutschland hierdurch nicht möglich ist. Die Erhebung von Tatbeständen zur natürlichen Bevölkerungsbewegung ist allerdings im Bevölkerungsstatistikgesetz festgelegt. Entscheidungen über den Inhalt der Geburtenstatistik bleiben daher dem Gesetzgeber vorbehalten.

Auswertungsbeispiel: Heiratsalter und bisherige Familienstände bei Eheschließungen

Dass im Jahr 2004 in den alten Bundesländern rund 28 % und in den neuen Bundesländern fast 30 % der Frauen, die geheiratet haben, bereits vorher schon einmal verheiratet waren, zeigt ein Blick in die Einzeldaten aus der Statistik der Eheschließungen. Die Betrachtung des Familienstandes vor der Eheschließung zeigt nicht nur Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands, sondern darüber hinaus auch Differenzen zwischen beiden Geschlechtern (Tabelle 2).



Datenqualität

Für die Statistiken zu Geburten, Sterbefällen und Eheschließungen bzw. -scheidungen gilt bundesweit eine einheitliche Rechtsgrundlage, die Inhalt und Umfang der in den Standesämtern zu erfassenden Merkmale festlegt. Die Aufbereitung erfolgt in allen Statistischen Landesämtern nach dem gleichen Verfahren. Diese Maßnahmen garantieren eine hohe Datenqualität und die bundesweite Vergleichbarkeit der Einzeldatensätze aller 16 Bundesländer.

Die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung sind Vollerhebungen. Es werden hierbei alle Geburten und Sterbefälle der Bevölkerung Deutschlands erfasst, soweit sich diese im jeweiligen Berichtszeitraum auch in der Bundesrepublik ereignet haben. Demgegenüber werden Fälle, in denen sich eine Geburt oder ein Sterbefall im Ausland ereignete, in der Regel nicht erfasst. Ist die Mutter beziehungsweise der Verstorbene kein Mitglied der Wohnbevölkerung Deutschlands, erfolgt ebenfalls keine Berücksichtigung durch die amtliche Statistik. Hierzu können neben allen, die keinen Hauptwohnsitz in Deutschland haben, wie ausländische Touristen, auch Personen zählen, die konsularischen Vertretungen oder fremden Streitkräften im Bundesgebiet angehören.

In der Statistik der Eheschließungen werden alle Ehen erfasst, die im Berichtszeitraum vor einem deutschen Standesbeamten geschlossen wurden. Eine Ausnahme gilt hierbei für Ehen, bei denen beide Ehegatten Mitglieder von im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften sind. Diese werden, genauso wie im Ausland geschlossene Ehen von deutschen Staatsangehörigen, durch die Statistik nicht erfasst.

Die Tatsache, dass Sterbefälle, Geburten und Eheschließungen, die sich im Ausland ereignet haben, nicht in die amtliche Statistik eingehen, kann dazu führen, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung untererfasst wird. Auf die Qualität von Ergebnissen aus statistischen Analysen, die mit Einzeldaten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung durchgeführt werden, dürfte diese Untererfassung aufgrund der sehr geringen Fallzahlen wohl kaum Auswirkungen haben.

T2 Familienstand bei Eheschließungen in Deutschland 2000 und 2004

Familienstand	Mann		Frau	
	Ost ¹⁾	West	Ost ¹⁾	West
%				
2000				
ledig	70,0	75,1	69,0	73,8
verwitwet	2,4	2,2	1,5	1,4
geschieden	27,6	22,7	29,5	24,8
2004				
ledig	71,1	72,8	70,1	72,0
verwitwet	1,6	2,0	1,2	1,2
geschieden	27,3	25,2	28,8	26,8

1) Einschließlich Berlin.

In den Jahren 2000 und 2004 ist der Anteil an Erst-Ehen in Westdeutschland sowohl bei Männern als auch bei Frauen höher als in Ostdeutschland. Erst-Ehen sind Ehen von Personen, die vorher noch nicht verheiratet, also ledig, waren. Während sich im Jahr 2000 in einem Ost-West-Vergleich bei beiden Geschlechtern eine Differenz von etwa 5 Prozentpunkten ergibt, haben sich die Werte für beide Teile Deutschlands im Jahr 2004 angenähert. Die Differenz beträgt in diesem Jahr bei Männern und Frauen etwa 2 Prozentpunkte.

In beiden Teilen Deutschlands sind Frauen bei einer Eheschließung durchschnittlich um etwa 3 Jahre jünger als Männer. Dieser Altersabstand ist hierbei bundesweit und über den gesamten Beobachtungszeitraum nahezu gleich.

Auswertung der Einzeldaten durch wissenschaftliche Einrichtungen

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben es sich zur Aufgabe gemacht der Wissenschaft ausgewählte, faktisch anonyme Mikrodaten für Analysen zur Verfügung zu stellen. Mit den Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik (FDZ) ist es anerkannten Forschungsinstituten und Universitäten möglich, auf der Grundlage von § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes Zugang zu faktisch anonymen Einzeldaten aus verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik zu erhalten. Als Dienstleister tragen die Statistischen Ämter auf diesem Weg dem immer weiter steigenden Informationsbedarf in unserer Gesellschaft Rechnung, der die Grundlage für nachhaltige politische, ökonomische und gesellschaftliche Entscheidungen bildet.

Die Nutzung von faktisch anonymen Einzeldaten aus den Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung kann von unabhängigen Forschungsinstituten und Hochschulen für wissenschaftliche Analysen bei den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beantragt werden. Der Zugang zu diesen Einzeldaten kann sowohl über Gastwissenschaftlerarbeitsplätze in den Statistischen Ämtern als auch im Rahmen einer kontrollierten Datenfernverarbeitung erfolgen.

Weiterführende Informationen zu den Forschungsdatenzentren und zum gesamten Datenangebot finden sich im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de. ■

kurz notiert ...

Neuaufgabe von Statistik Kommunal erschienen – Hier steht Ihre Gemeinde im Mittelpunkt

Zum zweiten Mal veröffentlicht das Statistische Landesamt die 24-seitige, themenübergreifende Broschüre „Statistik Kommunal“

Erfahren Sie zum Beispiel das Durchschnittsalter in Ihrer Kommune oder die Entwicklung der Bevölkerungsdichte. Oder wie sahen die Ergebnisse der letzten Landtagswahl aus und wie hoch war die Wahlbeteiligung vor Ort? Zu diesen und weiteren Themen wie Bildung, Verkehr, Beschäftigung oder Kommunalfinancen bekommen Sie mit „Statistik Kommunal“ eine Zusammenstellung der wichtigsten gemeinde-relevanten Kennzahlen aus unserem Landesinformationssystem. Neben der Printveröffent-

lichung kann alternativ eine CD-ROM erworben werden, die neben der Druckfassung der Broschüre eine weitere PDF-Datei enthält, die direkt in das Internetangebot einer Gemeinde eingestellt werden kann.

Die Broschüre ist für 7,00 Euro zuzüglich Versandkosten erhältlich. Die CD-ROM ist für 49,00 Euro zuzüglich Versandkosten erhältlich. Ihre Bestellung mit Angabe der gewünschten Gemeinde bitte an:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
70158 Stuttgart
Telefon: 0711/641-2866
Fax: 0711/641-13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de
www.statistik-bw.de ■

